



McDonald's: Finger weg von UberEats

Die Unia verlangt, dass McDonald's auf eine Zusammenarbeit mit UberEats verzichtet.

Die Unia und andere Gewerkschaften haben in Bern und Genf eine Protestaktion vor McDonald's-Filialen durchgeführt. Sie verlangen von McDonald's, auf eine Zusammenarbeit mit dem Dumping-Essenslieferer UberEats zu verzichten.

Das Geschäftsmodell von UberEats beruht – wie Uber's Taxidienst – auf der Ausbeutung scheinselfständiger Kurier/innen, die ohne Unfallversicherung, ohne Sozialversicherungen und zu Dumping-Löhnen auf die Strasse geschickt werden sollen.

Kurier/innen ordentlich anstellen

Es ist nicht tolerierbar, dass McDonald's als grösste Fast-Food-Kette der Schweiz solche Praktiken fördern will. Stattdessen sollen die Restaurants Kurier/innen selber anstellen, damit die Bestimmungen des Landes-Gesamtarbeitsvertrags für das Gastgewerbe (L-GAV) gelten. Der L-GAV garantiert den Beschäftigten ein ordentliches Anstellungsverhältnis u.a. mit Mindestlöhnen, definierten Arbeitszeiten und fünf Wochen Ferien.

UberEats: Behörden müssen handeln

Auch UberEats muss seine Kurier/innen ordentlich anstellen und nach den geltenden Bestimmungen der Branche beschäftigen. Die Unia hat zudem den Bundesrat aufgefordert, Massnahmen gegen den organisierten Gesetzesbruch von Uber zu ergreifen. Die Unia schlägt die Schaffung einer nationalen Task Force aus Bundesrat, Sozialpartnern und Sozialversicherungen vor, die wirksame Massnahmen zum Schutz der Arbeitnehmenden von Plattform-Unternehmen entwickeln muss.

Unia Genf, 22.11.2018.

Unia Genf > McDonalds. Uber. Unia Genf, 2018-11-22